

Pulheimer Manifest für eine Energieversorgung ohne Braunkohle

Die Gewinnung und Nutzung von Braunkohle ist in Ost und West mit gravierenden negativen Folgen verbunden. Zigtausende Menschen werden ihrer Heimat beraubt, Natur und Landschaft zerstört, der Gewässerhaushalt geschädigt, das Klima angeheizt. Dabei gibt es heute längst Alternativen. Auch ohne Atomkraft und Kohlestrom kann die Energieversorgung dauerhaft gesichert, können zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir, die Unterzeichnenden des *Pulheimer Manifests für eine Energieversorgung ohne Braunkohle*, fordern deshalb den geordneten, aber raschen Ausstieg aus der Kohlenutzung. Alle Planungen zum Bau neuer Braunkohlekraftwerke müssen beendet und die Braunkohlegewinnung gestoppt werden. Stattdessen müssen die Chancen einer zukunftsfähigen Energieerzeugung ohne Braunkohle konsequent genutzt werden – zum Wohle der Menschen und der globalen Umwelt.

Klima retten – Braunkohle stoppen

Die Folgen des von uns Menschen verursachten Klimawandels sind längst unübersehbar: Hitzerekorde und „Jahrhundert“-Hochwasser, Wirbelstürme und Artenschwund sind unübersehbare Signale, dass es allerhöchste Zeit ist, zu handeln. Bis zum Jahre 2050 muss der Ausstoß von Kohlendioxid global halbiert, das heißt in Industrieländern wie Deutschland um 80 % reduziert werden, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels abzuwenden. Nur so können gerechte Existenzbedingungen für die menschlichen Zivilisation gesichert und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden.

Die Braunkohle ist der klimaschädlichste aller Energieträger. Allein die acht größten von RWE und Vattenfall betriebenen Braunkohlekraftwerke sind jährlich für den Ausstoß von mehr als 145 Millionen Tonnen des Klimagases Kohlendioxid (CO₂) verantwortlich. Klimagase wie CO₂ reichern sich in der Atmosphäre an und heizen unsere Erde auf. Mit jedem zur Stromgewinnung genutztem Kilo Braunkohle wird ein Kilo Kohlendioxid freigesetzt – unabhängig vom Kraftwerkstyp und Wirkungsgrad. Auch die CO₂-Speicherung bietet keinen Ausweg, sondern schafft unbeherrschbare Folgeprobleme.

Wer es mit dem Klimaschutz ernst meint, muss deshalb den Anteil der Braunkohle an der Energieversorgung mittelfristig drastisch reduzieren und die Braunkohleverstromung bis zur Mitte des Jahrhunderts vollständig beenden.

100 % Erneuerbare Energien ist möglich

Neue Braunkohlekraftwerke mit gegenüber den Altanlagen nur geringfügig höheren Wirkungsgraden (43 statt 33 %) lösen das Problem nicht. Im Gegenteil: Sie zementieren die klimaschädliche Kohle-Vorrang-Politik für weitere Jahrzehnte und blockieren die Energiewende.

Dagegen können wir die Stromerzeugung zu 100 % auf Erneuerbare Energien umstellen. Ein schrittweise verankerter Mix aus Sonne, Wind, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie verbunden mit der Erschließung aller Einsparpotenziale sichert die Stromversorgung, schützt das Klima und schafft neue Arbeitsplätze. Für die Übergangszeit können moderne Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung den Grundlaststrom auf wesentlich umweltfreundlichere Art bereitstellen.

Regionalwirtschaft stärken – Zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen

Braunkohle sichert keine Arbeitsplätze, im Gegenteil: RWE hat die Zahl seiner Arbeitsplätze in Kraftwerken und Tagebauen innerhalb der letzten 15 Jahre auf heute rund 8.500 halbiert. Auch Vattenfall beschäftigt in diesem Segment heute weniger als 10.000 Menschen. Entgegen der Verlautbarungen werden diese Arbeitsplätze der großen Braunkohle-Monopolisten zudem mit versteckten Milliarden subventioniert: Ob EU-Agrarsubventionen, die Befreiung von Wasserentnahmeentgelt und Förderzins, Infrastrukturmittel oder die kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten für neue Klimakiller-Kraftwerke – Braunkohle wird erst durch diese Wettbewerbsverzerrung lukrativ.

Trotzdem boomt die Branche der Erneuerbaren Energien: Im Jahr 2005 erwirtschafteten bundesweit 170.000 Beschäftigte einen Umsatz von 16 Milliarden Euro. Über 5.000 kleine und mittelständische Unternehmen investierten fast 9 Milliarden Euro in neue Produktionskapazitäten. Bis 2020 steigert sich den Prognosen zufolge der Kapitalaufwand auf 200 Milliarden Euro und sichert zwischen 400.000 und 500.000 Arbeitsplätze. Erneuerbare Energien sind nicht nur ein starkes Konjunkturprogramm, sondern garantieren durch ihre dezentrale Nutzung gleichfalls Bürgernähe und regionale Wertschöpfung.

Heimat bewahren – Lebensqualität sichern

Bis heute mussten in der Lausitz, dem Mitteldeutschen Revier und dem Rheinland mehr als 300 Siedlungen den Tagebauen weichen. Heute dient die Gewinnung und Nutzung von Braunkohle nicht mehr dem Wohl der Allgemeinheit. Trotz fehlender energiepolitischer Notwendigkeit sollen aber noch weitere Zigttausende Einwohner gegen ihren Willen umgesiedelt und jahrtausende alte Kulturlandschaften zerstört werden. Dazu schädigen Tagebaue und Kraftwerke durch ihren Schadstoffausstoß (Feinstaub, Schwermetalle, usw.) die Gesundheit der Bevölkerung.

Eine sozialverträgliche Umsiedlung gibt es nicht: Gewachsene kommunale Strukturen werden zerstört, Dorf- und Familiengemeinschaften zerrissen, soziale Verbände aufgelöst. Obwohl die Politik anerkennt, dass den Tagebau-Umsiedlern durch den unersetzlichen Verlust der Heimat ein gewaltiges „Sonderopfer“ abverlangt wird, wird ihnen noch nicht einmal eine finanziell abgesicherte Umsiedlung gewährleistet. Statt dessen wird den Betroffenen eine Eigenbeteiligung aufgebürdet, die viele Umsiedler zwingt, das Ersparte zu opfern.

Trotzdem haben die Tagebaubetroffenen kaum Möglichkeiten, rechtzeitig rechtliches Gehör zu erlangen. Eine Reformierung des anachronistischen und undemokratischen Bundesberggesetzes ist deshalb längst überfällig. Darin muss eine frühzeitige Berücksichtigung der Belange der Betroffenen und der Umwelt verankert werden. Da auch ohne Braunkohle die Energieversorgung gesichert werden kann, sind alle Umsiedlungsplanungen sofort zu stoppen.

Natur schützen – Zukunft bewahren

Es gibt keinen gravierenderen Eingriff in Natur und Landschaft als den Braunkohletagebau: Uralte Wälder mit streng geschützten Tierarten werden vernichtet, wertvollste Böden zerstört, grundwasserabhängige Feuchtgebiete degradiert. Nicht nur Flüsse und Quellen versiegen, auch der Grundwasserhaushalt wird durch die Tagebaue für Jahrhunderte gestört. Dazu kommt die Beeinflussung der Biosphäre durch den kraftwerksbedingten Schadstoffeintrag, den Landschaftsverbrauch und die Kühlwassereinleitungen.

Nach Tagebauende entstehen Kunstlandschaften; viele von ihnen – wie die Feuchtbiotope und Restseen – bleiben für unabsehbare Zeit abhängig von menschlicher Steuerung. Braunkohletagebaue sind mit dem Ziel einer Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ebenso wenig vereinbar, wie mit den rechtlichen Vorgaben nach Erreichen eines guten ökologischen, chemischen und mengenmäßigen Zustands von Grundwasser und Oberflächengewässern.

Die Gewinnung und Nutzung von Braunkohle dient heute nicht mehr mit dem Wohl der Allgemeinheit, greift massiv in die Grundrechte ein und zerstört unsere natürlichen Lebensgrundlagen! Alle Planungen zum Bau neuer Braunkohlekraftwerke müssen beendet und die Braunkohlegewinnung gestoppt werden!

Erstunterzeichner des *Pulheimer Manifests für eine Energieversorgung ohne Braunkohle*:

- Dr. Franz Alt
- Aktionsbündnis Stommerner Bürger "Leben ohne BoA" (LoB) [„BoA = so gen. „Braunkohlenkraftwerk mit optimierter Anlagentechnik“]
- Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der Autobahn A 4
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
- EUROSOLAR, Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien e.V.
- Friedens-Initiative / Attac-Pulheim
- Greenpeace e.V.
- Grüne Liga e.V. – Netzwerk ökologischer Bewegungen
- Lacoma e.V.
- Naturschutzbund Deutschland e.V.
- ROBIN WOOD
- Stop Acid Rain – The Swedish NGO Secretariat On Acid Rain
- Vereinte Initiativen gegen Garzweiler II

www.zukunft-statt-braunkohle.de

Kontakt

Sprecher des Aktionsbündnisses "Zukunft statt Braunkohle" sind:

Dr. Gabriela von Goerne, GREENPEACE, Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg, Tel.: 040 / 306 18 -352, Fax: -152, gabriela.goerne@greenpeace.de, www.greenpeace.de

Dirk Jansen, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland LV NRW e.V., Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 30 200 5-22, Fax: -26 dirk.jansen@bund.net; www.bund-nrw.de/braunkohle

Helmut Spahn, Aktionsbündnis Stommerner Bürger „Leben ohne BoA“, Tel.: 02238 / 925050